

Neues aus dem Geschäftsordnungsausschuss

Wen vertreten die Volksvertreter?

von Kurt Hemmerlein,

stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg und Vorsitzender des Ausschusses für Geschäftsordnung, Eingaben und Beschwerden

Die zwei Bezirksverordneten der FDP in der BVV Lichtenberg brachten Anträge in die Sitzung der BVV Lichtenberg am 20.10.2004 ein, die aus ihrer Sicht mehr Demokratie und Bürgernähe schaffen sollen. Sie wurden zunächst zur Beratung in den Ausschuss für Geschäftsordnung, Eingaben und Beschwerden überwiesen. Worum geht es?

Der eine Antrag fordert die Einrichtung einer sog. „Bürgerfraktion“ in der BVV. Aus dieser „Bürgerfraktion“ sollen je zwei Vertreter zu jedem Tagesordnungspunkt Rederecht erhalten. Der andere Antrag fordert ein allgemeinpolitisches Rederecht für alle Bürgerinnen und Bürger in den Ausschüssen der BVV. **Dazu ist zunächst anzumerken, dass sich die Mitglieder der SPD-Fraktion Lichtenberg ausnahmslos als ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger des Bezirks Lichtenberg verstehen!**

Die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung haben – wie alle (Parlaments-)Wahlen in unserer repräsentativen Demokratie – den Sinn, Volksvertreterinnen und Vertreter für die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks in die BVV zu entsenden – und zwar demokratisch legitimiert. Jeder Partei steht es

dabei frei, auch parteilose engagierte Menschen aufzustellen und selbstverständlich können unabhängige Bürger auch einzeln kandidieren. Wen also vertreten die Volksvertreter, wenn die FDP jetzt „Bürgervertreter“ für die BVV fordert? Und welche demokratische Legitimation hätten diese „Bürgervertreter“? – Keine! Wie wird sichergestellt, dass die durch sie vertretene Meinung repräsentativ ist und nicht eng gefassten Eigeninteressen entspringt? **Fühlen sich die Verordneten der FDP ihrer Aufgabe (Als Volksvertreter!) nicht gewachsen?** Hat die FDP kein offenes Ohr für die Interessen und Sorgen der Bürger? Bietet sie den Lichtenbergern keine Anlaufstellen? Sind die Freidemokraten nicht in der Lage allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehende Veranstaltungen zu organisieren? **Die Möglichkeiten der Bürgermitwirkung sind nach Auffassung der SPD-Fraktion bereits jetzt ausreichend vorhanden.** In der Einwohnerfragestunde vor der BVV können jegliche Anliegen vorgetragen werden. In den Ausschüssen der BVV kommen regelmäßig auch betroffene Bürgerinnen und Bürger zu Wort. **Mit dem Projekt Bürgerhaushalt werden weitere (Weitgehende!) Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen**

und im Abgeordnetenhaus haben sich die Fraktionen von SPD, PDS, Grünen und FDP gerade darauf verständigt, den Bürgerentscheid und die (bisher freiwillige) Einwohnerfragestunde im Bezirksverwaltungsgesetz zu verankern. **Diese vielfältigen Mitwirkungsmöglichkeiten müssen durch die Bürgerinnen und Bürger nur konsequent genutzt werden!** Ein großer Teil der Aktivitäten unserer Fraktion beruht zudem auf Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern unseres Bezirkes. Wir veranstalten öffentliche Fraktionssitzungen, um den Rat von Experten einzuholen und Betroffene an Entscheidungen zu beteiligen. **Vielfach wünschen wir uns dabei stärkeren Zulauf der Mitbürgerinnen und Mitbürger.** Die eingebrachten Anträge der FDP nützen diesem Anliegen wenig. Transparente Entscheidungen, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Erhöhung des Interesses der Menschen an ihrem Umfeld sind die Wege, die die SPD beschreiten möchte. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, ihre bestehenden umfangreichen Mitwirkungsmöglichkeiten auszuüben – ohne dabei die Grundfesten unserer repräsentativen Demokratie aus den Angeln zu heben. **Mischen Sie sich ein!**

Podiumsdiskussion

der SPD-Fraktion und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Lichtenberg

„Hartz IV – und die Frauen?“

am **9. März 2005** um **19.00 Uhr** im **Ratssaal** des **Rathauses Lichtenberg**
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin

mit **Margrit Zauner** (Vorsitzende der SPD-Fraktion in Tempelhof-Schöneberg),

Dr. Christian Hanke (Sozialstadtrat im Bezirk Mitte und stellv. Landesvorsitzender der SPD),

Cornelia Großmann (Beauftragte für Chancengleichheit der Arbeitsagentur Berlin Ost)

Job-Center – lokale Zentren für Erwerbsintegration

von Blashka Brechel, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Am 01.01. diesen Jahres trat das Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitsuchende – in Kraft. Die arbeitsmarktrelevanten Dienstleistungen sind als gemeinsame Anlaufstelle von Arbeits- und Sozialverwaltung integriert. Beratung, Förderung und Hilfe bei der Arbeitsuche kommen zukünftig aus einer Hand – das übernehmen die Job-Center.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende unterstützt alle Menschen zwischen 15 und unter 65 Jahren die erwerbsfähig und hilfebedürftig sind sowie ihre Angehörigen. „Erwerbsfähig“ ist, wer unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich arbeiten kann. „Hilfebedürftig“ ist, wer seinen und den Lebensunterhalt seiner mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen mit eigenen Mitteln und Kräften nicht in vollen Umfang decken kann. **Was ist eine Bedarfsgemeinschaft?** Zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören: die erwerbsfähige Hilfebedürftigen, die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines minderjährigen, unverheirateten erwerbsfähigen Kindes und der im Haushalt lebende Partner dieses Elternteils, der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte, die Person, die mit dem Hilfe-

bedürftigen in eheähnlicher Gemeinschaft lebt, der nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner, die dem Haushalt angehörenden minderjährigen unverheirateten Kinder des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen oder seines Partners, soweit sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Einkommen und Vermögen von Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft sind bei der Beurteilung der Hilfebedürftigkeit zu berücksichtigen.

Ein wichtiges Organ des Job-Centers ist die Trägervertretung. Die Mitglieder der Trägervertretung sind je zur Hälfte Vertreter der Agentur für Arbeit und des jeweiligen Bezirks. Sie werden für fünf Jahre gewählt. Vorsitzende des Job-Centers Lichtenberg ist Frau Dr. Ramona Schröder (Agentur für Arbeit Berlin Mitte) Die stellv. Vorsitzende ist Frau Christina Emmerich (Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg). **Die Trägervertretung bestimmt die Arbeitsmarktstrategie und der Einsatz von Mitteln** (z.B. die finanziellen Mittel für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, für die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, für die Förderung der Selbständigkeit usw.). **Ein anderes wichtiges Organ ist der Beirat.** Er hat eine beratende Funktion. **Der Beirat unterbreitet der Trägervertretung Empfehlungen und trans-**

portiert Entscheidungen nach außen. Er besteht aus 10 Mitgliedern. Die Mitglieder bestehen aus Vertretern der Arbeitnehmer, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes usw.

In der ersten Woche des Jahres 2005 gab es im Job-Center Lichtenberg 5000 Vorsprachen, in der zweiten Woche 3000 Vorsprachen. In Zukunft soll jeder einen persönlichen Ansprechpartner (persönliche Arbeitsberater oder Fallmanager) im Job-Center bekommen. Mit ihm kann der Arbeitsuchende besprechen, wie er am besten und schnellsten zurück in Arbeit kommen kann. Es gibt aber keinen Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen des Jobs-Centers. **Jeder Arbeitsuchende schließt mit dem Fallmanager für sechs Monate eine Eingliederungsvereinbarung ab.** Falls die Arbeitsvermittlung innerhalb dieser Zeit nicht gelingt, werden andere Maßnahmen (Trainingsmaßnahmen, Weiterbildung etc.) angeboten. Die Job-Center sollen die persönlichen Lebensumstände der Arbeitslosen berücksichtigen. Zu ihren Leistungen können beispielweise auch Schuldnerberatung oder Kundenbetreuung gehören. Arbeitslose unter 25 Jahren sollen unverzüglich nach der Antragsstellung in Arbeit, Ausbildung oder eine Arbeitsangelegenheit vermittelt werden.

Kein Nord-Süd-Gefälle bei den Oberschulen!

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

In der Kontroverse um die Schließung bzw. Zusammenlegung von Gymnasien im Süden des Bezirks Lichtenberg haben wir uns dafür ausgesprochen, die Gymnasialstandorte am Römerweg 30/32 und an der Lückstraße 60/63 eigenständig (d.h. ohne Filiallösung) zu erhalten.

Der Römerweg 30/32 ist der einzige Oberschulstandort in der Region Lichtenberg-Süd (bestehend aus den Sozialräumen Rummelsburg, Karlshorst West, Karlshorst Nord und Karlshorst Süd). Ginge es nach dem ursprünglichen Willen von Lichtenbergs Bildungstadtrat Michael Räßler (PDS) würde diese Region – was die Oberschulen angeht – zukünftig ein „weißer Fleck“

auf der Landkarte sein. Denn sein Schulamt schrieb bereits in der aktuellen Ausgabe der Bezirksbroschüre „Lichtenberger Oberschulen stellen sich vor“, dass vorgesehen sei, die Immanuel-Kant-Oberschule und die Hans-und-Hilde-Coppi-Oberschule am Standort Lückstraße zu fusionieren - wir berichteten in der Januar-Ausgabe - obwohl in dieser Region Lichtenberg-Mitte insgesamt fünf (!) Oberschulstandorte existieren.

Unsere Entscheidung richtet sich nicht für oder gegen die inhaltliche Ausrichtung der betroffenen Gymnasien. Wir erwarten diesbezüglich vom Bezirksamt, alle spezifischen Angebote der drei Oberschulen bestmöglich zu

erhalten. **Im Vordergrund standen für uns aber nicht nur schulpolitische, sondern auch stadtplanerische Argumente,** denn es kann einfach nicht sein, dass Karlshorst zukünftig völlig ohne Oberschulstandort dasteht, während es in der Region Lichtenberg-Mitte weiterhin fünf Standorte geben würde.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Fraktion
in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein,
Boris Schymetzko